

## 4/99 Austrofaschismus

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- Austrofaschismus – der verniedlichte Faschismus?
- Interview mit Ariel Muzikant
- Dollfuß – ein auffrisierter Diktator
- Zeichen einer Identitätskrise
- Gedenkdienst am United States Holocaust Memorial Museum in Washington
- Die österreichische Historikerkommission beginnt endlich mit ihrer Arbeit
- Thema „Holocaust“ im Unterricht
- Telegramm

## Kommentar

Entweder man ist Österreicher, oder man wird es so schnell nicht!

In den letzten Wochen und Monaten feierte das Österreich-chertum eine erneute Blütezeit. Von „echten Österreichern“ war die Rede, Menschen, die schon längere Zeit die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, wurden hingegen als Ausländer bezeichnet. Augenfällig war, wie wenig diesem Blut-und-Boden-Nationskonzept entgegengehalten werden konnte: Seit im Austrofaschismus der Deutschnationalismus mit katholischen und autoritären Elementen zu einer Art Identität verschmolzen wurde, die man nicht erwerben kann, die aber gleichzeitig den Österreicher als Staatsangehörigen definiert, wurde kein wirkliches Gegenkonzept entwickelt.

Entweder man ist Österreicher, Angehöriger dieser „Kulturnation“, wie man heute sagt, oder man wird es nicht so schnell. Da nützt auch keine Sprachkenntnis, Deutsche benötigen ja manchmal sogar länger, und ein Nigerianer kann nie Österreicher werden. Wieviele sich durch diese Identität angesprochen fühlen, zeigen auch die letzten Wahlen. Wie stark die Kontinuitäten sind, macht folgende Losung deutlich, die Dollfuß formulierte: „Es gilt Österreichs braves und tüchtiges Volk aus Entbehrungen und höchsten Gefahren zu retten. Folgt uns.“, so der von seinen Verehrern als „Erneuerer Österreichs“ bezeichnete Diktator. Die Analogien zu Jörg Haiders „Anständigen und Fleißigen“ sind offensichtlich. Selbst die „Demokratische Offensive“, als profilierte Gegenbewegung zu diesen Tendenzen hatte in manchen Diskussionen Schwierigkeiten, sich von Fragen nach den „echten Österreichern“ zu distanzieren; schließlich war ihr erster Aufruf auch mit „Wir sind Österreich“ unterzeichnet -und um das „Wir“ wurde gefeilscht.

Josef Teichmann

Mathematiker, Mitarbeiter von Gedenkdienst Wien, derzeit Zivildienstleistender bei ESRA.

## Editorial

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Jahreswechsel sind Anlaß, Bilanz zu ziehen. Gedenkdienst kann auf ein gelungenes Jahr 1999 zurückblicken: Die institutionellen Kontakte wurden auf allen Ebenen ausgebaut, der Service sowohl für die Gedenkdienstleistenden als auch für Interessentinnen verbessert. Nicht zuletzt die zahlreichen Einladungen zu Tagungen, internationalen Veranstaltungen und Ausstellungen sind ein Indiz dafür, daß Gedenkdienst die Früchte für konsequente und seriöse Arbeit nun erntet.

Die erfreuliche Resonanz auf das Engagement von Gedenkdienst insgesamt darf jedoch nicht über die bedenkliche innenpolitische Situation hinwegtäuschen, in der sich Österreich nicht erst seit der letzten Wahl befindet. Eine Partei, die mit einer bewußt diffusen Geschichtsauffassung über ein Viertel der österreichischen Wählerinnen hinter sich versammeln kann, spiegelt auch die breite gesellschaftliche Ablehnung wider, die wir mit unserer Art der politischen Betätigung auslösen. Unser Versuch, auf das komplexe Thema Nationalsozialismus fundierte Antworten zu finden, stößt natürlich gerade bei den PolitikerInnen auf Widerstand, die fast selbstverständlich die Wahrheit verkürzen und verdrehen.

Gezielte und vor allem langfristige Aktionen gegen den latenten Antisemitismus in unserer Gesellschaft sind mehr denn je notwendig. Solange aber keine entscheidende politische Weichenstellung für eine massive Unterstützung von Projekten wie Gedenkdienst erfolgt, solange wird unser Engagement nur ein Tropfen auf dem heißen Stein bleiben. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob die Politik den Mut besitzt, dieses Potential aufzugreifen, oder ob es wie bisher nur bei der akuten Brandbekämpfung bleibt.

Herzlichst

Sascha Kellner

Obmann Verein GEDENKDIENTST

## Austrofaschismus - der verniedlichte Faschismus?

Austro-Daimler, Austronaut, Austrofaschismus - klingt irgendwie harmlos: die österreichische Variante des Faschismus, ein bißchen Patschert, letztlich hilflos; Unterdrückung, aber doch relativ gemüthlich. Faschismus - oder vielleicht auch nur Ständestaat. Eine Diktatur zwar, aber immerhin mit dem Ziel, Österreichs Unabhängigkeit zu sichern, und an ihrer Spitze Engelbert Dollfuß, Zerstörer der Demokratie, jedoch auch ein „Held“, gestorben im Kampf gegen die nationalsozialistische Bedrohung.

Das „Dritte Reich“ setzte ohne Zweifel neue Maßstäbe in puncto brutaler Unterdrückung, die bis zur Vernichtung von Millionen Menschen gesteigert wurde. Blickte man nach 1945 zurück, so mußte sich das 1934 von Engelbert Dollfuß etablierte und von Kurt Schuschnigg bis März 1938 aufrechterhaltene Regime als das wesentlich kleinere Übel ausnehmen. Eine tiefergehende Auseinandersetzung blieb lange Zeit aus. SPÖ und ÖVP hatten sich für die Zusammenarbeit entschieden, und damit vertrug sich keine allzu präzise Erinnerung an jenes diktatorische System, das Österreich in den letzten Jahren vor dem „Anschluß“ beherrschte.

Der Weg von der Demokratie in die Diktatur

Zu Beginn der Ersten Republik dominierte aufgrund des angestauten revolutionären Drucks die Sozialdemokratie die politische Szene: Die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, des Achtstundentags und des Urlaubsrechts für Arbeiterinnen datieren ebenso aus dieser Zeit wie die Schaffung von Betriebsräten und Arbeiterkammern. Gleichzeitig mußte das Bürgertum als Folge der Hyperinflation, die 1922 in den Währungszusammenbruch mündete, erhebliche Positionsverluste hinnehmen. Das bürgerliche Lager nahm die Republik daher als Staat der „Roten“ wahr, für den es wenig Sympathie entwickelte.

In den frühen Dreißiger Jahren trat zu der sich seit 1927 verschärfenden politischen Konfrontation die weltweite ökonomische Krise hinzu, die Österreich äußerst hart traf. Eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten des Kapitals erhielt dadurch besondere Aktualität. Einflußreiche Industriellenkreise forderten die Diktatur - der Nationalökonom Friedrich von Wieser hatte sie zynisch als „Demokratie der Tat“ definiert.

Dieser Wunsch fand bei den Christlich sozialen ein offenes Ohr. Die Regierung mußte sich seit dem Ausscheiden der Großdeutschen im Jänner 1932 auf eine 11. hauchdünne parlamentarische Mehrheit stützen. Neuwahlen wollten die Christlichsozialen unbedingt vermeiden, zumal nachdem sie bei den Landtagswahlen in Wien und Salzburg stark an die NSDAP verloren hatten. Im Oktober 1932 wurde bereits in einem Fall das Instrument des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 erprobt, mit dessen Hilfe man ohne Zustimmung des Parlamentes Verordnungen erlassen konnte.

Ein erster vorsichtiger Schritt in Richtung Autoritarismus war getan, bald folgten weitere.

Die im Mai 1932 beginnende Phase einer autoritätszentrierten Demokratie endete im März 1933, als Dollfuß im Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten eine „Selbstausschaltung“ des Parlamentes erblickte. Die Regierung sollte von nun an nicht mehr auf gewählte Mandatäre angewiesen sein: „Dieses Parlament, eine solche Volksvertretung, eine solche Führung des Volkes, wird und darf nie wieder kommen ...“, verkündete Dollfuß im September 1933 bei einer öffentlichen Rede. Die Aushöhlung des Rechtsstaates hatte zu diesem Zeitpunkt schon große Fortschritte gemacht.

Die gegen die Sozialdemokratie eingesetzte Taktik, die Schlinge langsam enger zu ziehen, erwies sich als äußerst wirkungsvoll: Streikverbot, Aufhebung des Kollektivvertragsrechtes, Auflösung des Schutzbundes - die Sozialdemokratie wehrte sich erst, als es zu spät war. Der Aufstand im Februar 1934 hatte keine Aussicht auf Erfolg und lieferte den willkommenen Vorwand, die Partei zu verbieten. Am 1. Mai - das Datum war als Demütigung der geschlagenen Arbeiterbewegung sorgfältig gewählt -proklamierte die Regierung eine neue „Verfassung“. So wollte die Regierung Dollfuß ihren Willkürakten des Mäntelchen der Legitimität umhängen. scheiterte sie aber nicht nur in den Augen ihrer „linken“ Gegnerinnen. Der konservativ gesinnte Alexander Spitzmüller, ein ehemaliger kaiserlicher Finanzminister, notierte: „[...] bis auf weiteres ist allerdings die tägliche Verfassungsverletzung der einzige rechtserzeugende Faktor in Österreich.“

Immerhin" Kampf gegen die NSDAP?

Wenn es um eine Bewertung des Austrofaschismus geht, wird gerne darauf verwiesen, daß dieser zumindest versucht habe, Österreich gegen die NSDAP zu verteidigen. Zweifellos ging Dollfuß vehement

gegen eine Bewegung vor, deren Ziele ja nicht zuletzt seine eigene Herrschaft gefährdeten. Die Ablehnung des Nationalsozialismus verband sich aber mit keiner Distanzierung von einer faschistischen Politik. In einer Besprechung der Christlichsozialen mit ihren Koalitionspartnern meinte Dollfuß im März 1933: „Die braune Welle können wir nur auffangen, wenn wir das, was die Nazis versprechen und in Deutschland getan haben, (...) selber machen.“ Odo Neustädter-stürmer, Ideologe der Heimwehr, formulierte in derselben Sitzung noch pointierter: „Wir können den Nationalsozialismus in Österreich schlagen, indem wir ihn über-hitlern.“

Bei der Verwirklichung dieser Absichten scheiterte das Regime aber ebenso wie beim Versuch, der NSDAP mit polizeistaatlichen Methoden beizukommen. 1936 hatten die illegalen Nationalsozialisten das Ärgste überstanden. Seit dem Juliabkommen mit Deutschland bemühte sich Schuschnigg um ihre Einbindung in sein Herrschaftssystem und erreichte nur dessen Unterwanderung. Während man nach rechts die Versöhnung suchte, legte man nach links keine vergleichbare Anstrengung an den Tag. Erst im Februar 1938 änderte die Regierung ihre Haltung - aber nach wie vor zögerlich. So erscheint es mehr als fragwürdig, wenn Erich Zöllner in seiner „Geschichte Österreichs“, jahrzehntelang das Standardwerk, über die historische Bedeutung des Regimes festhält: „Es ist freilich unwahrscheinlich, daß ein demokratisch geführtes Österreich(...) auf die Dauer dem Dritten reich hätte erfolgreicheren Widerstand leisten können, mit keiner anderen Hilfe als platonischen Sympathien des Wetsens. So hatte man immerhin fünf Jahre standgehalten.“

Dem „immerhin“ kann man nicht zustimmen. Viel eher traf Stefan Zweig den Punkt, wenn er schon die Ausschaltung der Sozialdemokratie im Februar 1934 als „Selbstmord der österreichischen Unabhängigkeit“ qualifizierte - ein wesentlicher Einwand ist aber auch hier anzubringen: Die Niederknüppelung der Arbeiterbewegung war kein Suizid. An diesem Punkt bietet es sich auch an, nochmals Spitzmüller zu zitieren: „Im übrigen habe ich das austrofaschistische Regime eher als einen Wegbereiter denn als eine Schutzwehr gegen den Nationalsozialismus angesehen, da es [...] das Gefühl für den Rechtsstaat untergrub [...].“

... war eine der zündenden Ideen der Antisemitismus“

Jener Mann, der 1920 im Nationalrat die Meinung äußerte, es gehe darum, „die Juden vor die Wahl zu stellen, entweder freiwillig auszuwandern oder aber in Konzentrationslager gesteckt zu werden“, war kein Nationalsozialist, sondern Leopold Kunschak, Führer der christlichen Arbeiterbewegung. Da als Folge des Ersten Weltkrieges viele tausend Juden aus Galizien nach Wien geflüchtet waren, bedienten sich die Christlichsozialen gerade in den schwierigen Anfangsjahren der Republik einer überaus heftigen antisemitischen Agitation. Allerdings besetzten die Nationalsozialisten zunehmend erfolgreich dieses angestammte Terrain der Christlichsozialen -sehr zu deren Leidwesen. Robert Krasser klagte bei seiner Antrittsrede als Obmann der Wiener Christlichsozialen Partei im Jahre 1932: „Bei der Eroberung Wiens durch Lueger war eine der zündenden Ideen der Antisemitismus. Aus staatspolitischen Gründen ist es damit in unserer Partei bedenklch still geworden.“

Laut der Verfassung von Mai 1934 war Österreich zwar ein „christlicher, deutscher Bundesstaat“ - eine Festlegung, die sich nur als Ausgrenzung all jener verstehen läßt, die nicht der rechten Glaubensgemeinschaft angehörten (und/oder die „falsche“ Muttersprache hatten). Trotzdem wurden Juden und Jüdinnen auch in die Vaterländische Front, die von Dollfuß geschaffene politische Einheitsorganisation, aufgenommen, und das Regime hielt sich in seinen offiziellen Äußerungen mit antisemitischen Ausfällen eher zurück. Gleichzeitig hinderte es weder die Presse noch ihre eigenen Organisationen an der „bewährten“ Hetze gegen Menschen jüdischer Herkunft. In Wien blieb man auch nicht bei bloßer Rhetorik stehen: So war ab dem Schuljahr 1934/35 die Trennung von jüdischen und katholischen Kindern in der Schule vorgesehen.

Faschismus oder Autoritarismus?

In der Fachliteratur wird darüber diskutiert, ob man die Diktatur der Jahre vor 1938 in die Reihe faschistischer Herrschaftssysteme einordnen muß oder ob sie sich eher als traditioneller Autoritarismus verstehen läßt. Beide Zugangsweisen eröffnen indes wichtige Einsichten.

Gemeinsamkeiten mit den faschistischen Regimen in Deutschland und Italien lassen sich im enrgischen Antiparlamentarismus und Antimarxismus finde, die in eine schrittweise Beseitigung von demokratischen Einrichtungen und der Arbeiterbewegung umgesetzt wurden. Die Unternehmerschaft, die diese Maßnahmen gefordert hatte, konnte die neuen Verhältnisse auch in Österreich nützen, um die

Lohnabhängigen systematisch zu übervorteilen. Das Vorbild des südlichen und des nördlichen Nachbarlandes ahmten die „Führer“ Dollfuß und Schuschnigg zudem bei der Durchorganisation der Gesellschaft und in der Selbstdarstellung ihrer Herrschaft nach: Ein Beispiel unter vielen ist die Vaterländische Front, die allerdings nie zu einer wirkungsvollen Bewegung aufgebaut werden konnte. Wenn man aber von der fehlenden Massenbasis des Regimes spricht, so darf man nicht übersehen, daß der Austrofaschismus das Ergebnis von Veränderungsprozessen innerhalb der anhängerstarken Christlich-sozialen Partei war. Diese mußte zwar selbst im September 1934 ihre Auflösung hinnehmen, doch auch Politiker wie Kunschak, die ihrem demokratischen Flügel zugerechnet werden, wollten keine Spielverderber bei der Etablierung einer Diktatur sein.

Sicherlich fiel der staatliche Terror vor 1938 weniger drastisch aus als nach dem „Anschluß“. Auch die Gleichschaltung aller Gesellschaftsbereiche wurde unter den Regierungen Dollfuß und Schuschnigg nicht im selben Maß verwirklicht wie im „Dritten Reich“.

Die geschickte Nachahmung des deutschen und italienischen Modells trug insgesamt viele lächerliche Züge, allerdings keine liebenswerten. Zur Verniedlichung besteht kein Grund.

Als wesentliche Unterschiede zum italienischen und deutschen Faschismus kann man den ostentativen Katholizismus und Konservatismus des Regimes von Dollfuß und Schuschnigg anführen. Während der Nationalsozialismus trotz seines Faibles für Heimat- und Agrarromantik Technikgläubigkeit und „Vertrauen in die Machbarkeit eines Wirtschaftswunders“ (Roman Sandgruber) vermittelte, war der Austrofaschismus in dieser Hinsicht weniger ambivalent. Dollfuß träumte davon, Österreich „wie einen überdimensionierten Bauernhof (Ernst Hanisch) zu regieren.“

Das Beunruhigende am „Austrofaschismus“ ist aber gerade auch seine Verwandtschaft mit Formen autoritärer Herrschaft, die in Österreich eine Tradition haben, die bis in die Zeit der Gegenreformation zurückreicht. Dieses autoritäre Potential konnte in den frühen Dreißiger Jahren ohne Mühe aktiviert werden. Während der mangelnde wirtschaftliche Erfolg die Stellung des Austrofaschismus empfindlich schwächte, war die enorme Ausweitung von Polizeibefugnissen, die Mißachtung von Verfassung und Freiheitsrechten für viele Österreicherinnen durchaus akzeptabel, wie sich dann auch im Zuge des „Anschlusses“ nochmals deutlich zeigte. Eine besondere Sensibilität in diese Richtung zeichnet die politische Kultur in Österreich bis heute nicht aus.

Als 1945 die ÖVP gegründet wurde, wollte sie bewußt einen Neuanfang signalisieren und blieb dennoch der christlichsozialen Vergangenheit ideologisch, organisatorisch und personell eng verbunden. Julius Raab war einer jener Heimwehrführer, die 1930 den berüchtigten Korneuburger Eid gegen den Parlamentarismus geleistet hatten. Nach dem Krieg befolgte er als Bundeskanzler zwar die demokratischen Spielregeln, hielt aber an einem sehr autoritären Weltbild ungebrochen fest.

„Wer war damals schon wirklich Demokrat?“

„Der Freiheitskämpfer“, die Zeitung der vom NS-Staat wegen ihrer christlichsozialen Einstellung Verfolgten, schrieb 1948 über Dollfuß: „Sein Weg war vielleicht nicht immer der, den wir heute gehen würden [...] Aber - Hand aufs Herz - wer war damals schon wirklich Demokrat?“ Die augenzwinkernde Leichtigkeit, mit der die Zerstörung der Demokratie als Bagatelle dargestellt wird, wundert in diesem Kontext nicht. Einem ähnlichen Gedankengang folgte aber auch Andreas Khol 1996 in einem Profil-Kommentar: Die Diktatur erscheint bloß als „tragischer Fehler“ von Dollfuß, den die ÖVP laut ihrem Klubobmann übrigens „in höchstem Ansehen“ hält. Wenn man die Beschäftigung mit einer autoritären Vergangenheit entlang solcher Linien betreibt, überrascht es nicht, daß die Koalition mit einer Partei wie der FPÖ immer wieder als ernsthafte Option in Erwägung gezogen wird.

Oliver Kühschelm

studiert Geschichte, Gedenkdienstmitarbeiter Wien

#### Literatur

Ernst Hanisch, Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert, Wien 199.

(ein auch konzeptionell gut gemachtes Überblickswerk)

Peter Huemer, Sektionschef Robert Hecht und die Zerstörung der Demokratie in Österreich, Wien 1975.

(Hecht trug als juristischer Berater von Dollfuß entscheidend zur Etablierung der Diktatur bei.) Emmerich Talös, Wolfgang Neugebauer, „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934 - 1938. Wien 1984. (Sammelband mit grundlegenden Beiträgen zum Thema)

Jan Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland und der Sowjetunion 1922-1956, Baden 1994.

#### Zeittafel zum Austrofaschismus

18. Mai 1930

Korneuburger Eid: Die Heimwehren wenden sich gegen den demokratischen Parlamentarismus und treten für das „Führerprinzip“ ein.

20. Mai 1932

Engelbert Dollfuß, seit 1931 als Landwirtschaftsminister in der Regierung, wird Bundeskanzler.

1. Oktober 1932

Auf Basis des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917, des „verspäteten Fluchs der Monarchie für die Republik“, wird eine Verordnung erlassen.

4. März 1933

„Selbstausschaltung“ des Parlamentes nach dem Rücktritt der Nationalratspräsidenten

30/31 März 1933

Die Regierung löst den Republikanischen Schutzbund auf, der aber im Untergrund weiterbesteht.

10. Mai 1933

Verbot von Landtags- und Gemeinderatswahlen

20. Mai 1933

Gründung der Vaterländischen Front (VF) als Organisation aller „regierungstreuen“ Kräfte. 26. Mai 1933

Verbot der KPÖ.

10. Juni 1933

Verordnung der Bundesregierung „betreffend besondere Maßnahmen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit“.

19. Juni 1933

Verbot der NSDAP.

10. November 1933

Einführung des Standrechtes für Mord, Brandstiftung und „boshafte Sachbeschädigung“. Ein Standgericht konnte nach einem vereinfachten Verfahren die Todesstrafe verhängen, die unmittelbar nach der Urteilsverkündung vollstreckt wurde.

12.-15. Februar 1934

Aufstand des Schutzbundes nach Waffensuchaktion der Heimwehr im Linzer Parteihaus der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) - die Bilanz der Kämpfe: mehrere hundert Tote, neun Sozialdemokraten werden hingerichtet.

14. Februar 1934

Verbot der SDAP.

1. Mai 1934

Eine neue Verfassung wird erlassen, die den Umbau zum „Ständestaat“ einleiten soll. Das Konkordat, das 1933 mit der katholischen Kirche, einer wesentlichen Stütze des Regimes, geschlossen wurde, tritt in Kraft.

14. Mai 1934

Der Parlamentsklub der Christlichsozialen Partei beschließt seine Auflösung.

19. Juni 1934

Wiedereinführung der Todesstrafe für das ordentliche Verfahren.

25. Juli 1934

Putschversuch der NSDAP. Engelbert Dollfuß wird ermordet.

29. Juli 1934

Kurt Schuschnigg, seit 1932 Justizminister, folgt Dollfuß als Bundeskanzler nach.

I. April 1936

Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht.

II. Juli 1936

Abkommen der Regierung Schuschnigg mit Deutschland - Amnestierung von Nationalsozialisten, Beginn der Versöhnungspolitik gegenüber den „Nationalen“. 4. Februar 1938

Schuschnigg trifft Hitler in Berchtesgaden. In der Folge wird Arthur Seyß-Inquart zum Sicherheitsminister ernannt, die NSDAP tritt immer offener auf.

12. März 1938

„Anschluß“ Österreichs an Deutschland.

## „Das wollen wir nicht!“

Interview mit Ariel Muzicant, Präsident der IKG Wien

Dr. Ariel Muzicant ist in Haifa, Israel geboren. 1956 übersiedelte Dr. Muzicant nach Wien und studierte hier Medizin. Beruflich ist er seit 23 Jahren als Immobilienmakler tätig. Seit 1970 hatte Dr. Muzicant verschiedene Funktionen in der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) inne, seit 1981 war er deren Vizepräsident. Seit 1998 ist Dr. Muzicant Präsident der IKG Wien. Das telefonische Interview vom 14. 12. 1999 führte Josef Teichmann, Gedenkdiensmitarbeiter in Wien.

GEDENKDIENTST: Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Demonstration am 12. November 1999 „Keine Koalition mit dem Rassismus“ in der österreichischen politischen Landschaft?

Muzicant: Ich glaube, es war ein wichtiges Signal und eine deutliche Demonstration von Menschen aus den verschiedenen Schichten der Bevölkerung, die eben aufgestanden sind und gesagt haben: „Das wollen wir nicht!“

GEDENKDIENTST: Sie haben vor der Demonstration die Linie vertreten, daß man im Vorfeld niemanden von der Demonstration ausschließen sollte, auch diejenigen nicht, die bisher eine Politik vertreten haben, die nicht mit den Zielen vereinbar ist. Hatten Sie keine Angst vor Vereinnahmungen?

Muzicant: Vereinnahmung gehört im üblichen politischen Spiel dazu, die Gefahr besteht immer. Ich habe aber laut und deutlich gesagt, daß ich kein Problem habe, wenn Sozialdemokratinnen oder der Herr Schögl dorthin gehen. Ich habe auch demonstrativ mit vielen im Vorfeld gesprochen, ob das mit der Frau Ederer war oder mit anderen. Ich glaube, jeder der dorthin gegangen ist, hat das als eine ehrliche Geste gesetzt und ich hoffe, daß das so gesehen wird. Ich halte nichts von Spaltereien in dieser Situation, die Lage ist viel zu ernst.

GEDENKDIENTST: Nun gibt es aber in Österreich eine Tradition der Umarmungen, die eine Bewegung schließlich erdrücken und aufsaugen, wie es zum Beispiel beim Lichtermeer durch die SPÖ passiert ist.

Muzicant: Ja, das ist ein Negativbeispiel, man kann aber aus Fehlern lernen.

GEDENKDIENTST: Sind Sie desillusioniert über die Entwicklungen in Österreich in den letzten Jahren oder sehen Sie die gesellschaftliche Polarisierung als ersten Schritt zu einer profunden Bekämpfung der xenophoben Tendenzen?

Muzicant: Ich bin weder desillusioniert noch bin ich besonders glücklich. Ich bin Realist genug um zu wissen, daß das ein langer, schwieriger Prozeß ist, um die Sache zum Besten zu bringen.

GEDENKDIENTST: Österreich hat sich selbst über Jahrzehnte hinweg als Land dargestellt, wo xenophobe Haltungen offiziell abgelehnt werden, obwohl diese Haltungen von Politikerinnen wie vom Großteil der Bevölkerung vertreten worden sind. Jetzt sind diese Haltungen Gegenstand von Wahlkämpfen.

Muzicant: Diese Haltungen waren eigentlich immer an der politischen Oberfläche, aber ich bin trotzdem Optimist, daß wir den schwierigen Weg werden gehen können.

GEDENKDIENTST: Wo sehen Sie die Ursachen für diese Haltungen in der österreichischen Bevölkerung und wie könnte man dagegen vorgehen?

Muzicant: Ein ganz wesentlicher Faktor ist die kurze Demokratisierungsphase, nämlich erst seit 1955. Es fehlt uns also an demokratischer Praxis, die Festigung ist nicht vergleichbar mit anderen Ländern, wo es eine viel weiter zurückreichende Tradition gibt. Ein weiterer Faktor ist das Ende der Donaumonarchie, wodurch ein bis heute wirksamer Minderwertigkeitskomplex entstanden ist.

GEDENKDIENTST: Ein wesentlicher Teil der österreichischen Selbstsicht ist auch, daß man sehr schwer Österreicher werden kann. Nach Ansicht eines Großteils der Bevölkerung wird ein Afrikaner auch durch die Staatsbürgerschaft nicht Österreicher.

Muzicant: Das hat die jüdische Bevölkerung vor hundert Jahren auch betroffen. Ich glaube aber, daß sich in den letzten 20 Jahren diesbezüglich einiges zum Besseren verändert hat. Wenn ich manchmal den Minderwertigkeitskomplex von Österreicherinnen im Ausland beobachte, so gibt es hier doch auch einiges was besser ist, als man glaubt.

GEDENKDIENTST: Wir danken für das Gespräch.

## Dollfuß - ein auffrisierter Diktator

Eine Stunde südwestlich von Wien befindet sich das „Dr. Dollfuß Museum“ in Texing, Niederösterreich. Es handelt sich, einer Broschüre folgend, um ein „Kulturdenkmal unseres großen Sohnes und Vordenkers“ und befindet sich im Geburtshaus von Engelbert Dollfuß. Uns wurde es von einer betagten, sehr freundlichen Dame nach ihrer Rückkehr vom feiertäglichen Meßbesuch extra aufgesperrt, da es nur zwischen den beiden österreichischen Feiertagen 1. Mai und 26. Oktober geöffnet hält.

Die vier Räume sind durch „Kindheit und Jugend“, „Student, Soldat, Agrar-fachmann“, „Der Bundeskanzler“ und „Gedenken an Bundeskanzler Dr. Engelbert Dollfuß“ überschrieben. Das von der Größe her auffälligste Exponat ist der Uniformrock der k. u. k. Armee aus dem Ersten Weltkrieg, das mit Abstand originellste eine Schatulle mit Erde von seinem Grab am Hietzinger Friedhof. Das amüsanteste Photo stammt aus der Schulzeit: Dollfuß mit bemerkenswert hochfrisierten Haaren zur Aufbesserung der Körpergröße. Der empörendste Teil ist die völlige Verharmlosung der gewaltsamen Vorgänge der Jahre 1933-34. Zwischen diesen Stücken ist das feingewobene Universum einer „österreichischen Biographie“ gespannt, von der unehelichen Geburt bis zum martyrerhaften Tod, Österreich als Religion mit bürokratischen Formeln als Gebeten.

Es gibt viele Spuren, denen man in dieser Ausstellung folgen könnte, aber Themen wie Beamten Disziplin, der allgegenwärtige Katholizismus sowie die Darstellung von Macht und Gewalt sind entscheidend. Diese Fäden sind schwerwiegender als die unzähligen zeithistorischen Auslassungen und Fehler, weil sie charakteristisch für heute

noch weitverbreitete Weltanschauungen sind. Die Beamten Disziplin, das Prinzip der Legitimität, dem sich auch Engelbert Dollfuß als eine Art erster Beamter unterordnete, taucht von der Geburt am 4. Oktober 1892 in Texing bis zum gewaltsamen Tod am 25. Juli 1934 in Folge eines nationalsozialistischen Attentates immer wieder auf: Die Bestätigung der Alimentationsverpflichtung zugunsten der Mutter Josefa Dollfuß eröffnet den Reigen amtlicher Dokumente und zeigt, wie selbst das Schicksal, unehelich geboren zu sein, in geordnete Bahnen gelenkt werden konnte. Die soldatischen Fähigkeiten werden in einer Art Führungszeugnis bestätigt, das dem freiwillig eingerückten Soldaten an der Südfrent ausgestellt wurde. Dort begann auch die Liebe zur Uniform der Tiroler Kaiserjäger, die Engelbert Dollfuß später gerne trug. Dazu gibt es natürlich eine amtliche Erlaubnis einer militärischen Behörde an den bereits regierenden Diktator. Schließlich bestätigt ein Zertifikat die Echtheit der in der Schatulle befindlichen Erde von seinem Grab.

Die ordnungsstiftende Macht, die von Beginn seines Lebens bis über seinen Tod hinaus die Abläufe regulierte, ist der Katholizismus: Vom katholischen Knabenseminar in Hollabrunn über die Aktivität in katholischen Studentenverbindungen als Jusstudent bis zum Deutschen Katholikentag in Wien, die Unterzeichnung des Konkordates in Rom und die Grundsteinlegung der Engelbert-Kirche auf der Hohen Wand - die katholische Kirche ist allgegenwärtig. Er, der Diktator unter dem Kruckenkreuz, der Österreich wie ein Vater liebte, ist aufgehoben und geleitet von katholischer Seite. Das bestimmende Vatermotiv wird durch einige Familienaufnahmen des

Vaters Engelbert Dollfuß abgerundet. Engelbert Dollfuß ein liebender, aber

auch strenger Vater seines österreichischen Volkes: die Etablierung einer autoritären Diktatur, der Einsatz des Bundesheeres gegen linke Gruppen, das Lager Wöllersdorf, all das wird als zwangsläufig und folgerichtig, als hart aber notwendig dargestellt, um dem Nationalsozialismus entgegenzutreten, eigentlich aber um in Österreich in der Bekämpfung linker Kräfte erfolgreicher zu sein als der Nationalsozialismus und ein österreichisches autoritäres System zu errichten. Die Ausstellung versucht an keinem Punkt, die paternalistische Ideologie, die auch die austrofaschistische Selbstsicht war, zu brechen oder zu kritisieren. Alle verwendeten Dokumente hätten so auch in der Zeit des Austrofaschismus gezeigt werden können.

Konsequenterweise endet die Präsentation mit der Darstellung einer beginnenden Verehrung: Gedenkveranstaltungen, Totenmaske und Büsten, von „engagierten“ Bürgern gerettete Darstellungen des Märtyrers für Österreich, auch einige Devotionalien, bekannt aus Wallfahrtsorten. Seine geringe Körpergröße, sein linkisches Auftreten, seine Mißerfolge werden zu liebenswerten Haltungen und schließlich zu persönlicher Tragik uminterpretiert: was bleiben soll ist eine Ikone.

Diese Ausstellung wurde übrigens von Dr. Karl Gutkas, Historiker und Universitätsprofessorin Wien, kuratiert, und vom niederösterreichischen Landeshauptmann Erwin Pröll 1998 eröffnet.

Sepp Teichmann

Gedenkdienstmitarbeiter, derzeit Zivildienstleistender bei ESRA in Wien

## Zeichen einer Identitätskrise

Suche des „Ständestaates“ nach sichtbaren Symbolen eines selbständigen Österreichs

Die Frage, was denn nun „österreichisch“ sei, wurde im „Ständestaat“ zum existentiellen Problem. Die Suche nach einer Eigendefinition als Staat, aber auch nach einer austrofaschistischen Ideologie fand ihren Niederschlag in nationalen Symbolen und in der Kunst. Sie bildeten die Transportmedien einer Selbstdarstellung gleichermaßen nach innen wie auch nach außen.

Bedrängt vom anschlusswilligen Nationalsozialismus, im Kampf gegen die Sozialdemokratie und auf der Suche nach einer Legitimation für die Demontage der jungen Demokratie suchten die Machthaber des „Ständestaates“ nach einer Definition für Österreich, für das „Österreichische“ an sich. Nichts Neues - forderte doch schon nach dem Zerfall der k. u. k. Monarchie die Etablierung der neuen Republik, aus damaliger Sicht, Berechtigungsnachweise. Neu war aber, mit welcher Vehemenz der „Ständestaat“ nach Antworten suchte, die er auch mit den Möglichkeiten eines autoritären Regimes dem Volk zu vermitteln suchte. Bemüht wurden - in unterschiedlichem Maße - nationale Staatssymbole, Literatur und Kunst, um die Botschaft zu transportieren.

Symbole

Die beiden Hauptsymbole waren der Doppeladler und das Kruckenkreuz. Ersterer schon in der Monarchie in Verwendung, letzteres als nationales Emblem für Österreich neu. Entschlüsselt man sie, so eröffnet sich der Blick auf ein Gedankengut, das primär von der Utopie der Revitalisierung teilweise längst vergangener Strukturen zehrte. Der Doppeladler als Zeichen des Habsburgerreiches stammt eigentlich aus dem Symbolrepertoire des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, das 1806 zu bestehen aufgehört hatte. Im Austrofaschismus wurde immer betont, daß die Republik sowohl österreichisch als auch deutsch sei. Gerade hier schieden sich aber auch innerhalb der Partei die Geister, wie deutsch man sei und ob dies Anschluß an Deutschland bedeute oder nicht. Das ehemalige „Deutsche Reich“ bot die Möglichkeit der Interpretation eines föderalistischen Deutschlands. Man war deutsch, aber mit eigenem „Stammesbewußtsein“. Einige Ideologen verstiegen sich sogar zur These, daß Österreich als altes Bollwerk gegen die Osmanen Kultur-bringer zu den Slawen (Tschechen, Slowenen usw.) und als Hort der Gegenreformation das bessere Deutschland sei. Hier wurden nun zwei besondere Elemente angesprochen. Die kulturelle Größe ersetzte nun die verlorene politische Größe der Monarchie. Man stilisierte Österreich zur „Kulturnation“ - ein Begriff, der heute noch gerne verwendet wird. Dies hat nicht verhindert, daß eine kulturelle Verarmung, bedingt durch die Bevorzugung einer offiziell genahen Kunstszene, die „Kulturnation“ prägte.

Die zweite Komponente war der Aspekt des Christlichen, dem mehr als allem anderen Bedeutung beigegeben wurde. So erhielt Österreich in bewusster Abkehr von demokratischen Gepflogenheiten eine Verfassung „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht“. Die Führer des Ständestaates strebten eine Wiederverchristlichung an, die in alle Bereiche des Lebens eingriff. So bedeutete Österreicher zu sein katholisch zu sein - nicht einfach nur christlich. Daß es in Deutschland mehrere christliche Kirchen gab, wurde in radikaleren Kreisen als weiterer Beweis der österreichischen Überlegenheit gewertet. Dementsprechend wurden dem Mittelalter und dem Barock als Triumph der Gegenreformation besondere Ehre zuteil.

Religiösen Ursprungs ist auch das Kruckenkreuz, Dieses steht allerdings im Spannungsfeld: nationales Symbol - christliches Zeichen - Nachahmung des Hakenkreuzes. Als Emblem der Kirche war es Teil der mittelalterlichen Kreuzzüge, demgemäß Feldzeichen aggressiv-ver Vernichtung des Heidentums. Nun galt der Kampf dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus. Antisemitische Strömungen erhielten weiteren Aufschwung und wurden auch zur Gewinnung von Wählerstimmen, die man an die Nationalsozialisten verloren hatte, benutzt. Der Kirche wurde wieder politische Einflußnahme zugebilligt. Die Lücke, die durch das Verbot und der Behinderung sozialdemokratischer Einrichtungen, wie zum Beispiel in der Erwachsenenbildung, entstand, sollten Kirche und Staat gemeinsam füllen.

Nationales Symbolgut wurde in dieser Zeit auch ein Detail des Doppeladlers, der rot-weiß-rote Bindenschild. Dieser stellt einen Rückgriff auf die Ba-benberger dar, die sich in mehrfacher Hinsicht für die staatliche Ideologie anboten. Zum einen wurde auf eine lange österreichische Staatsentwicklung verwiesen, zum anderen auf die Bollwerkfunktion der Ostmark gegen alles Unchristliche und Undeutsche. Praktischerweise konnte man auch noch auf eine erste kulturelle Blüte verweisen und dem

Herrschergeschlecht eine besonders christliche Gesinnung, wie am Beispiel Leopolds III., den Heiligen, bescheinigen.

Manche Vorstellungen des „Ständestaates“ deckten sich mit jenen der Nationalsozialisten - so die romantisierende Hinwendung zu einer Agrargesellschaft, wie sie seit Beginn der Industriellen Revolution nicht mehr bestand und die es bei realistischer Einschätzung der tatsächlichen Lebensbedingungen nie gegeben hatte.

Kunst

Eine Ideologie wie die zuvor skizzierte war nicht willens, eine freie Kunst zuzulassen. Durch gezielte Förderung eines „offiziellen“ Kunstgeschmacks wurde das Bild der Ausstellungen und Kunstzeitschriften bestimmt. Dies im Sinne der „gesunden Gefühlsregungen des Volkes“. Zwar vermieden hohe Stellen ein allzu aggressives Vokabular, doch Kulturorganisationen im Rahmen der Vaterländischen Front verzichteten keineswegs darauf, vom „Kulturbolschewismus“, von „Entartung“ oder anderen Feindbildern zu sprechen - eine Terminologie, die frappant der des Nationalsozialismus ähnelte.

Die Künstler, die sich nicht anpassen wollten, gingen ins Exil oder wählten die innere Emigration in eine „künstlerische Idylle“. Eine Auseinandersetzung mit den Zuständen in der Republik wurde vermieden, man wick auf unpolitische Themen aus. Eine Haltung, die auch nach dem Anschluß eingenommen wurde. Österreichs Künstler brachten wenig Kritikfähigkeit auf, zogen die Anpassung dem Widerstand vor.

Der Geschmack und das Gedankengut des „Ständestaates“ forderte von der Malerei Patriotisches und Rustikales, wobei besonders österreichisches Lokalkolorit erwünscht war. In der Architektur wurde vor allem der Kirchenbau gefördert, unter anderem im Zuge der Dollfuß-Verehrung die Seipel-Dollfuß-Gedächtniskirche, aber auch in Hinblick auf den Fremdenverkehr und das internationale Prestige der Straßenbau, so die Großglockner-Hochalpenstraße. In der Skulptur wandte man sich ebenfalls dem Religiösen zu, da die neuen Kirchen ausgestellt werden mußten Ein Auf trag auch an das Kunstgewerbe, dessen Schulen nun spezielle Kurse anboten.

Noch heute ein künstlerisches Zeichen jener Zeit ist das Heldendenkmal in Wien. umgestaltet wurde das Burgtor vom Architekten Rudolf Wondracek. Oberhalb der Durchfahrt entstand, über zwei seitliche Monumentaltreppen zu erreichen, eine nach oben offene Ehrenhalle. An der Stirnseite wurde ein riesiger Lorbeerkranz aus Kupfer angebracht, gegenüber der alte kaiserliche Doppeladler und an den anderen Wänden 24 Soldatentypen in Steinschnitttechnik von Herbert Dimel und Leopold Schmid gestaltet. eingeweiht wurde dieses Denkmal „weihervoller Erinnerung an den Ruhm der alten österreichischen Waffen über sovieler Jahrhunderte hinaus“ am 9. September 1934. Die Zweite Republik wandelte den linken Flügel in einen „Weiheraum für die Opfer im Kampfe um Österreichs Freiheit“ um, auf diese Weise Austrofaschismus und Widerstand gegen Faschismus und Diktatur vereinernd. Vielleicht auch ein Symbol, wie leicht es sich mit beiden gemeinsam leben läßt.

Markus Helmut Lenhart

studiert Kunstgeschichte und Geschichte, Gedenkdienstmitarbeiter in Graz

Literatur

Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, Wien (2)1996. Norbert Leser/Manfred Wagner (Hg.), Österreichs politische Symbole. Historisch, ästhetisch und ideologiekritisch beleuchtet, Wien 1994 (= Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Neuere Österreichische Geistesgeschichte, Bd. 6). Irene Reithner, Das Religiöse in der Kärntner Malerei und Grafik der Zwischenkriegszeit, masch. phil. Diss., Graz 1995. Werner Suppanz, Österreichische Geschichtsbilder. Historische Legitimationen in Ständestaat und Zweite Republik, Wien 1998 (Bohlaus zeitgeschichtliche Bibliothek, Bd. 34). Jan Tabor (Hg.), Kunst und Diktatur. Architektur, Bildhauerei und Malerei in Österreich, Deutschland, Italien und der Sowjetunion 1922-1956, 2 Bde., Ausstellung Wien 1994, Katalog Baden 1994.

Emmerich Talos/Wolfgang Neugebauer (Hg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934-1938, Wien (4)1988 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 18). Erika Weinzierl/Kurt Skalik (Hg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik, 2 Bde. Graz 1983.

## Gedenkdienst am United States Holocaust Memorial Museum in Washington

Das Museum ist die nationale Einrichtung der USA zur Dokumentation, für das Studium und das Begreifen des Holocaust. Sie dient als Gedenkstätte für die während des Holocaust ermordeten Millionen Menschen. Seit der Eröffnung des beeindruckenden Gebäudes im April 1993 haben 13 Millionen Menschen das Museum besucht.

Meine Arbeit am Museum läßt sich derzeit ganz allgemein in sieben große Bereiche einteilen.

Mitarbeit bei wissenschaftlichen Projekten

Seit nunmehr zwei Jahren wird ein wissenschaftliches Projekt unter Zusammenarbeit der gesamten historischen Abteilung des Museums verwirklicht. Es handelt sich dabei um die Erstellung eines „Thesaurus of Concentration Camps, Ghettos, Labor Camps, Detention Camps and Prisons in Europe During the Holocaust“. Die „Division of Senior Historian“ im „Center for Advanced Holocaust Studies“ (CAHS), in der der Arbeitsplatz der Gedenkdienstleistenden angesiedelt ist, führt dieses Forschungs- und Publikationsprojekt durch. Als im Moment wichtigste Tätigkeit ist die elektronische Erfassung sämtlicher Nebenlager der Konzentrationslager zu erwähnen. Am Ende soll der Öffentlichkeit eine vollständige und mit Kommentaren versehene Liste bzw. Beschreibung von Orten zur Verfügung stehen, wo Juden und andere Opfer des Naziregimes gefangengehalten wurden. Darüber hinaus veröffentlicht das CAHS immer wieder sehr umfangreiche Bibliographien über Spezialangebote des Holocaust. Das jüngste Beispiel ist das Werk über den jüdischen Widerstand im Dritten Reich und in den von den Nationalsozialisten besetzten Gebieten (Jewish Resistance - A Working Bibliography). Eine der Aufgaben des Gedenkdienstleistenden besteht darin, neue Werke auszuwählen, sie vorzustellen und die bibliographischen Angaben auf deren Richtigkeit hin zu überprüfen. Oft können nur umfangreiche und zeitintensive Recherchen in der „Library of Congress“ die richtigen Angaben zu Tage fördern, wie es z. B. bei der Bibliographie zum Holocaust in Griechenland der Fall war.

Beantwortung von Anfragen (telefonisch und schriftlich)

Eine der Haupttätigkeiten im Museum besteht in der Beantwortung von Anfragen, die die Abteilung „Division of Senior Historian“ erhält. Die Anfragen kommen von anderen Abteilungen des Museums, von Privatpersonen und von privaten oder öffentlichen Institutionen außerhalb des Museums. Viele dieser Anfragen werden von den Senior Historians sofort beantwortet, wie zum Beispiel von Dr. Peter Black, Supervisor der Division of Senior Historian, und der direkte „Vorgesetzte“ der Gedenkdienstleistenden. Manche Anfragen erfordern jedoch eine längere Recherche. Die Forschungsaufträge werden dann entweder von Dr. Black oder von Anna Roe, Junior Historian, den Mitarbeitern, somit auch Gedenkdienstleistenden, zugewiesen. Diese Tätigkeit umfaßt das Aufsuchen bzw. Studium von geeigneter Literatur in der Bibliothek des Museums, Sammeln von Unterlagen und mündet danach in schriftlichen Zusammenfassungen. Folgende kurze Liste soll einen beispielhaften Überblick geben: Nachforschung und Erstellung eines Kurzberichtes über Rapportführer Oswald Kaduk im Konzentrationslager Auschwitz; Erstellung eines detaillierten Berichtes über die Junkers Flugzeug- und Motorenwerke AG (IFM), über deren Tochterfirmen und über deren weiteren wirtschaftlichen Verlauf und die wechselnden Besitzverhältnisse nach 1945; Quellensuche zu dem Deportationstransport Nummer 17. vom 11. Juli 1942 von Hamburg nach Auschwitz; Beschreibung der Bevölkerungs- und der damit verbundenen Steuerpolitik der Nationalsozialisten nach Hitlers Aufstieg im Jahr 1933; Ausfindigmachen von potentiellen Vortragenden zum Themenkreis Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich; Mitarbeit bei der Organisation von Ausstellungen

Das CAHS arbeitet derzeit, da dieser Artikel entsteht, fieberhaft an der Umsetzung einer lange geplanten Einweihungskonferenz. Einweihung deshalb, weil das CAHS im Rahmen einer Umstrukturierung innerhalb des Museums neu gegründet worden ist. Unter dem Titel „Holocaust Research and Holocaust Studies in the 21 st Century“ werden vom 13. bis 15. Dezember 1999 über 100 Holocaust Forscher am Museum in Washington erwartet. Da diese Konferenz kein fester Bestandteil des Arbeitsplatzes der Gedenkdienstleistenden ist, kann ich in diesem Zusammenhang nur von meinen persönlichen Aufgaben sprechen. Diese bestanden unter anderem darin, potentielle Besucher und Ehrengäste zu kontaktieren,

die Präsentation und Werbung für die Konferenz abzustimmen und in Zusammenarbeit mit dem Publications Department umzusetzen, Anfragen detaillierte Informationen die Konferenz betreffend zu versenden und die Anmeldung und den logistischen Ablauf der Betreuung mitzukoordinieren.

Führungen für Besucher

In den letzten Jahren hat die österreichische Botschaft laufend österreichischen Politikern über die Gedenkdienstleistenden Führungen am Museum vermittelt. Ich kann hierbei noch nicht aus eigener Erfahrung sprechen, da zum einen die Sommermonate aus Tradition eine Jahreszeit sind, in der sehr wenige (österreichische) Politiker die Gelegenheit nutzen zu reisen und da zum anderen die Nationalratswahl die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse in Österreich gelenkt hat.

Übersetzungsarbeiten

Fremdsprachliche Aufträge gehören schon zu den täglichen Aufgaben. Im Rahmen von Anfragen aus dem Ausland und der damit oft verbundenen Materialrecherche ergibt sich immer wieder die Notwendigkeit von unterschiedlichen Fremdsprachenkenntnissen.

Besuche bei Emigranten

Neben den offiziellen 40 Stunden im Museum, die prinzipiell immer überschritten werden, besteht eine äußerst wichtige Aufgabe der Gedenkdienstleistenden, regen Kontakt zu den österreichischen Emigranten zu pflegen. Oft finden sie in Form von Hausbesuchen an den Wochenenden oder bei gemeinsamen Treffen bei Veranstaltungen, die gleiche Themenkreise berühren (Holocaust-Seminare, Botschaftsempfänge etc.) statt.

Sonstige Aktivitäten

Zusätzlich zur Konferenz, den wissenschaftlichen Arbeiten und den Anfragen wird im Anschluß an die Konferenz ein Datenbank Projekt gestartet. Die Aufgabe besteht derzeit darin, eine Datenbank zu konzipieren und sie mit Hilfe der Assistenten des CAHS aus den elektronisch vorhanden Informationen zu erstellen. Aus der gebotenen Kürze ist es mir leider nicht möglich, auf alle wichtigen Details einzugehen. Vor allem die Emigranten mit ihren schillernden Persönlichkeiten und ihren so erfahrungsreichen Leben beeindruckten mich immer wieder zutiefst. Sie würde ich hier gerne näher schildern, denn es ist immer wieder faszinierend, ihren Berichten zuzuhören, von ihnen zu lernen oder eine intensive Diskussionen mit ihnen zu beginnen.

Roman Kopetzky

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, Gedenkdienstleistender am USHMM Washington

## Die österreichische Historikerkommission beginnt endlich mit ihrer Arbeit

28 Projekte versuchen, NS-Raub und Restitution nach 1945 zu erfassen

Am 1. Oktober 1998 wurde von der österreichischen Bundesregierung eine Kommission unter der Leitung des Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes, Clemens Jabloner, eingesetzt, um den gesamten Komplex der Beraubung durch Nationalsozialisten in Österreich sowie den Umfang der Rückstellungen nach 1945 zu erfassen. Damit reagierte die österreichische Regierung auf den internationalen Druck, der infolge der Einigung von Vertretern von Holocaust-Überlebenden mit den Schweizer Banken und der Einsetzung einer Schweizer Historikerkommission entstanden war.

Die österreichische Kommission wird neben dem schon erwähnten Clemens Jabloner von den Historikerinnen Roman Sandgruber (Universität Linz), Brigitte Bailer-Galanda (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands, Wien) und Bertrand Perz (Universität Wien), dem Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs, Lorenz Mikoletzky, und dem britischen Historiker Robert Knight geleitet.

Themenbereiche der Projekte

Anfang 1999 hat die Kommission Forschungsprojekte aus folgenden zehn Themenbereichen ausgeschrieben:

- „Arisierung“ jüdischen Besitzes mit den Teilbereichen Immobilien, Unternehmungen, Wohnungen
- Vereine, Organisationen, Verbände (NS-Dienststelle „Stillhaltekommissar“)
- Zwangsarbeiterinnen in Industrie und Landwirtschaft
- Nationale Minderheiten ( Sloweninnen, Tschechinnen, Kroatinnen, Ungarinnen)
- Roma und Sinti
- Politisch Verfolgte sowie Verfolgte auf Grund ihrer sexuellen Orientierung
- Katholische Kirche
- Entstehungsgeschichte der Rück-stellungs- und Entschädigungsgesetzgebung nach 1945
- Analyse der praktischen Vollziehung des Sozialrechts sowie des Rückstellungsrechts nach 1945
- Juristische und politische Analyse der völkerrechtlichen Aspekte der Rück-stellungs- und Entschädigungsgesetzgebung in Österreich und im Vergleich zu anderen Ländern

Aufhebung von Archivsperrern

Über 200 Wissenschaftlerinnen aus sieben Ländern haben sich bis Ende Juni 1999 mit Projekten aus diesen Bereichen bei der Kommission beworben. Die Kommission hat aus allen Bewerbungen nun insgesamt 28 Forschungsprojekte ausgewählt und 35 Millionen Schilling für die Forschung zu Verfügung gestellt. 69 Wissenschaftlerinnen, darunter auch die ehemaligen Gedenkdienstleistenden Dieter Mühl, Niko Wahl und Christian Klösch, werden in den nächsten beiden Jahren diesen Themenkomplex untersuchen. Den Wissenschaftlerinnen werden dabei erstmalig die öffentlichen Archive - unter Aufhebung der unterschiedlich geregelten Archivsperrern - zugänglich gemacht werden, darüber-hinaus erwartet die Kommission auch die Öffnung von Parteiarchiven, Einrichtungen der Interessensvertretungen und von privaten Institutionen wie Firmen oder Banken.

In Ergänzung mit der Erforschung internationaler Archivbestände in Moskau, Jerusalem oder Washington sind nun -spät aber doch - von Seiten der Republik die Rahmenbedingungen geschaffen worden, ein möglichst umfassendes Gesamtbild bezüglich des NS-Raubes in Österreich und der Restitution nach 1945 zu erlangen.

Empfehlungen an Regierung

Nach Abschluß der Forschungen Ende 2001 wird die Leitung der Kommission einen Abschlußbericht mit „Empfehlungen“ an die österreichische Bundesregierung verfassen.

Es wird dann an der zukünftigen Bundesregierung liegen, Schritte zu setzen, um den Ansprüchen der immer geringer werdenden Zahl von überlebenden Opfern von institutionalisierter Beraubung nach über 60 Jahren Gerechtigkeit widerfahren zu lassen.

Christian Klösch

Historiker, ehem. Gedenkdienstleistender am Leo Baeck Institute, New York

## Thema "Holocaust" im Unterricht

Das Thema der Shoa stellt Pädagogen auf der ganzen Welt vor ein schwieriges Problem. Bereits in absehbarer Zeit kann nur mehr mit Dokumenten, Büchern und Videos gearbeitet werden. Für den einzelnen Schüler geht dadurch allerdings zu oft der Zusammenhang zur unmittelbaren Gegenwart verloren - das Thema entrückt in eine nur noch schwer verständliche Ferne. Mögliche Antworten verspricht ein Seminar mit dem Titel „Holocaust im Unterricht“, das von 15.1. bis 19. 1. 2000 in Theresienstadt stattfinden wird. Bereits seit einigen Monaten sind die freiwilligen Mitarbeiter der Gedenkstätte intensiv mit den Vorbereitungen zu diesem Projekt beschäftigt.

Zuerst galt es, geeignete Referenten einzuladen. Um die nötige Vielfalt zu gewährleisten, wurden Fachleute aus Tschechien, Deutschland und Österreich angeschrieben, die großes Interesse an einer Teilnahme zeigten. Gerade die Geschichte des Holocaust verbindet und trennt die Wege bzw. Schicksale dieser drei Länder auf nahezu paradoxe Weise. Der nächste Schritt bestand darin, die Kosten des Seminars mit Fördergeldern zu decken. Hier erwies sich auch die Gedenkstätte als durchaus kooperativ, die die Unterkunft, Eintrittskarten und Räumlichkeiten zur Verfügung stellen wird. Den Großteil der nötigen Gelder stellt allerdings der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds. Diese Organisation wurde gegründet, um die oftmals schwierigen Beziehungen dieser beiden Länder durch gemeinsame Projekte zu verbessern. Aber auch andere Institution wie das österreichische Kulturinstitut Prag, das Goethe-Institut Prag und die Friedrich Ebert Stiftung zeigten Interesse an dem Projekt und trugen so dazu bei, daß die Kosten bereits größtenteils gedeckt sind.

Schwerpunkt neue Unterrichtsmethoden

Im Mittelpunkt des fünftägigen Seminars sollen vor allem Methoden und Wege stehen, die Pädagogen beschreiten können, um gerade junge Menschen im schulischen bzw. außerschulischen Bereich an das intellektuell und emotional so schwierige Thema Holocaust heranzuführen. Dabei sollen durch fachkundige Referenten auch moderne Arbeitsmethoden wie Internet bzw. CD-ROM vorgestellt und diskutiert werden. Außerdem sollen Lehrer zu Wort kommen, die bereits konkrete Erfahrungen in diesem Bereich gesammelt haben und diese weitergeben möchten. Auch die Gedenkstätte Theresienstadt wird ihr

pädagogisches Konzept vorstellen und den Teilnehmern des Seminars erläutern, wie mit Schülern in einer Gedenkstätte zu diesem Thema gearbeitet werden kann. Referate zum Thema der bisherigen Holocaust-Education von Matthias Hayl, Leiter des Instituts „Forschungs- und Arbeitsstelle nach/über Auschwitz“, Hamburg, weiters von OR. Dr. Gustav Spann vom Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und schließlich von Ph.Dr. Miroslav Kryl von der Pädagogischen Fakultät der Universität Ůsti nad Labem sollen eine passende Einführung in das Seminar bieten. Zahlreiche andere Vorträge werden sich vor allem neuen Methoden wie Musik und Rollenspielen widmen. Als Rahmenprogramm wird den Teilnehmern des Seminars von Mitarbeitern der Gedenkstätte die Geschichte des Ortes Theresienstadt vermittelt werden. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist der rege Austausch an Erfahrungen zwischen den Pädagogen, die aus drei verschiedenen Ländern und somit auch mit ganz unterschiedlichen Hintergründen anreisen werden. Wir, die Organisatoren des Projektes, erwarten uns vom Seminar neue Erkenntnisse, wie Pädagogen mit Hilfe von verschiedenen Ansätzen das so wichtige Thema Holocaust mit ihren Schülern in Zukunft besser nahebringen können. In dieser Weise hoffen wir dazu beizutragen, daß neofaschistischen und rechtsradikalen Strömungen gerade unter Jugendlichen allgemein wirksamer entgegengetreten werden kann.

Jakob Racek

Gedenkdienstleistender in Terezln



## Telegramm

### Lernen im Altersheim

Einen sehr positiven Bericht von seiner Tätigkeit am Anita Muetler Cohen Elternheim bekamen wir vom aktuellen Gedenkdienstmitarbeiter vor Ort, Lorenz Potocnik. Das Altersheim in der Nähe von Tel Aviv wurde 1936 gegründet und betreut heute circa 100 unmittelbare Opfer des Holocaust aus Österreich. Lorenz Potocnik füllt die Lücke zwischen Sozialarbeiterin, Privatpflegerin und Familienangehörigen. Er assistiert bei Computerkursen im Heim, betreut drei Patienten, die Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen wie Waschen, Ankleiden und Essen brauchen und ist für zehn weitere alte Menschen Ansprechpartner und Bezugsperson.

Eine dieser zehn Personen ist die in Prag aufgewachsene Frau Turbowitsch. Sie überlebte während der Zeit des Nationalsozialismus das Ghetto von Theresienstadt, die Konzentrationslager Auschwitz und Bergen-Belsen sowie ein Arbeitslager in Hamburg. Über die Spuren, die diese Zeit hinterlassen hat, aber auch über ihr Leben heute sprechen die beiden bei ihren täglichen Treffen. Dieser persönliche Kontakt mit Zeitzeugen wie „seiner Lotte Turbowitsch“ bieten eine unvergleichliche Möglichkeit, sich mit dieser Zeit auseinanderzusetzen. Im Haus wird die Arbeit des Gedenkdienstleistenden sehr geschätzt. Es ist eine wichtige Verbindung zu Österreich, denn von offizieller Seite wurde bereits vor rund 20 Jahren die finanzielle Unterstützung eingestellt, (rw)

### Pressestimmen aus den USA

Die deutschsprachige New Yorker Zeitung „Aufbau“ brachte im November einen ausführlichen Artikel über die Arbeit der beiden Gedenkdienstmitarbeiter Thomas Geisler und Hermann Zwanzger am Leo Baeck Institute (LBI). Nicole beschreibt darin ausführlich die Arbeit der Austrian Heritage Collection, die in Zusammenarbeit zwischen dem LBI und dem Österreichischen Kulturinstitut seit 1996 die Erinnerungen vertriebener Juden in der USA aufzeichnet und wichtige persönliche Dokumente archiviert. Für die Emigranten seien die beiden jungen Österreicher dabei oft nach Jahrzehnten die erste Gelegenheit zum Dialog mit ihrer ehemaligen Heimat. Auch „die Wahlerfolge der rechten Partei FPÖ“ wurden thematisiert: „Leider ist es aufgrund der aktuellen politischen Situation in Österreich schwer, den jüdischen Emigranten von neuen, positiven Denkanstößen zu berichten“ so Thomas Geisler in einer kritischen Stellungnahme aus dem Interview, (rw)

### Pädagogik und Holocaust

Die Gedenkstätte Theresienstadt bietet vom 15.-19. Jänner ein Seminar für Pädagogen an, das sich mit der Umsetzung des sensiblen Themas Holocaust im Unterricht beschäftigt. Neben dem Erfahrungsaustausch mit der Aufarbeitung an Schulen wird versucht, unterschiedliche Wege aufzuzeigen, junge Menschen an das Thema heranzuführen. Der Umstand, daß in absehbarer Zeit keine Zeitzeugen mehr für Gespräche zur Verfügung stehen werden und daher ausschließlich mit Dokumenten, Büchern und Videos gearbeitet werden kann, wird ein wichtiger Teil der Veranstaltung sein. Auch an konkreten Tips und Vorschlägen für den Unterricht wird es nicht fehlen. Sprachen des Seminars sind Deutsch und Tschechisch mit Simultanübersetzung. Der Beitrag ist 1050 ATS inklusive Kost und Logis, Restplätze sind noch vorhanden. Interessierte wenden sich an das Büro der freiwilligen Mitarbeiter Theresienstadt, Tel. 0042/0416/78 21 42 oder an den Verein Gedenkdienst in Wien, (rw)

### Mit Engagement in Polen

Das Österreichische Kulturinstitut Warschau (ÖKI) stellte unter dem neuen Direktor Andreas Stadler am 27. 11. 1999 das Engagement von Gedenkdienst in Polen in den Mittelpunkt des Interesses. An diesem „Tag der offenen Tür“ informierten sich ca. 150 Besucher über das Angebot des ÖKI. Zum Auftakt des für das Jahr 2000 geplanten thematischen Schwerpunktes „Österreichs Umgang mit der Vergangenheit“ stellten 12 Gedenkdienstleistende, die momentan an verschiedenen polnischen Gedenkstätten arbeiten, in einer beeindruckenden Präsentation ihre Tätigkeiten vor. Sascha Kellner, Obmann des Verein Gedenkdienst, verwies zuvor in seiner allgemeinen Einleitung auf die historischen und politischen Hintergründe, die Gedenkdienst in Österreich haben entstehen lassen. Zahlreiche polnische Besucher zeigten sich von dem Engagement der jungen Österreicher sowie der selbstkritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte Österreichs tief beeindruckt. Die Präsentation wurde von einem Filmteam aus Wien begleitet, das an einer Dokumentation über Gedenkdienst in Polen arbeitet, (sk)

### Gedenkdienst 2000/2001

Das von 19.-21. 11. 1999 abgehaltene Gedenkdienst-Seminar im Bildungshaus St. Virgil, Salzburg, war vor allem von der Auswahl der 23 Mitarbeiter für einen Gedenkdienst ab Sommer 2000 bestimmt. Dafür wurden die 21 momentanen Gedenkdienstleistenden aus aller Welt nach Salzburg eingeladen, um vor ca. 80 Bewerbern ihre Arbeit zu präsentieren. Neben den zahlreichen Bewerbungsgesprächen zur Auswahl der zukünftigen Gedenkdienstleistenden gab es ein umfangreiches inhaltliches Programm. Dokumentarfilme, Diskussionsrunden und nicht zuletzt eine Zeitzeugengespräch mit Frau Helga Kinsky gaben reichlich Gelegenheit zur thematischen Auseinandersetzung. Unsere neuen Mitarbeiter werden wir Ihnen in einer der nächsten Ausgaben ausführlich vorstellen, (sk)

### Rede ohne Konsequenzen?

Bis 17. 10. 1999 war im Jüdischen Museum Hohenems die Ausstellung „Ecclesia und Synagoga“ zu sehen, die sich der Verwendung der beiden allegorischen Frauengestalten in der sakralen Kunst des Mittelalters widmete. Der Wandel von ebenbürtigen Gegnerinnen zu feindlichen Schwestern ist ein Symbol für das konfliktreiche Verhältnis zwischen Christen und Juden und, laut Organisator Herbert Jochum, „eine Geschichte der Ausgrenzung von Minderheiten“ und zugleich „Vorgeschichte für den späteren Völkermord“. Nach Ausstellungsende meldet sich der Hohenemser Bürgermeister Christian Niederstetter (ÖVP) zu Wort. Er will nicht, daß Hohenems zu „einem Streitplatz jüdischer Belange“ wird. Der Glaubensstreit zwischen Christen und Juden sei für ihn, gerade in Zeiten, in denen jüdische Forderungen auf der ganzen Welt“ gestellt werden, ein zu problematisches Thema, (ps)